Südschleswigscher Wählerverband

SSW

Pressemitteilung
Kiel, 28.09.2026

Zuschlag zur Olympia-Bewerbung: Kiel und der Norden müssen gemeinsam profitieren

Zur Entscheidung des Deutschen Olympischen Sportbundes zur Olympia-Bewerbung für München und Kiel als Segelstandort und der sich eröffnenden Chancen für unsere Stadt erklärt der Vorsitzende der SSW-Ratsfraktion Kiel, Ratsherr Marcel Schmidt:

„Die SSW-Ratsfraktion freut sich, dass die Reise Richtung Olympia weitergeht und Kiel gemeinsam mit München den Zuschlag für die deutsche Bewerbung erhalten hat. Olympische und paralympische Segelwettbewerbe auf der Förde wären ein grandioses Ereignis für die gesamte Stadt. Gerade für den Kieler Norden bietet sich dabei eine große Chance, denn die Stadtteile nördlich des Kanals stehen ohnehin vor einschneidenden Veränderungen. Es gilt deshalb, die Olympia-Planungen nicht isoliert zu betrachten, sondern sie mit der Entwicklung dieser Stadtteile zusammenzudenken.

Für uns kommt es jetzt darauf an, mögliche Synergien aufzudecken und die anstehenden Vorhaben sinnvoll miteinander zu verzahnen. Welche Infrastrukturprojekte, Verbesserungen für die Stadtteile und Entwicklungsmöglichkeiten können sich aus der Olympia-Bewerbung ergeben? Wie lassen sich die Veränderungen im Kieler Norden so koordinieren, dass die Menschen vor Ort langfristig davon profitieren? Diese Fragen müssen frühzeitig angegangen werden. Dafür braucht es eine vorausschauende Planung und eine enge Abstimmung zwischen den beteiligten Akteuren.

Die Olympia-Bewerbung bietet die Möglichkeit, Kiel weiterzuentwickeln und zugleich konkrete Verbesserungen für die Stadtteile zu erreichen. Wir erwarten deshalb, dass die Stadt die kommenden Planungen transparent gestaltet und die Menschen vor Ort beteiligt. Der Kieler Norden muss bei dieser Entwicklung von Anfang an mitgedacht werden. Ein wichtiger Schlüssel

für den bisherigen Erfolg war der gewonnene Bürgerentscheid. Es zeigt sich, dass große Projekte heutzutage nur dann erfolgreich umgesetzt werden können, wenn man die Zustimmung der Bürger*innen einholt.“